



klar.sozial

Einladung zur Delegiertenversammlung

Samstag, 28. März 2009

Cité Universitaire, Clos-Brochet 10

Neuenburg

Beginn um 10.45 Uhr

Wichtig: Die Delegierten erhalten mit diesem Heft eine Delegiertenkarte. Diese muss zu Beginn der Delegiertenversammlung am Eingang des Tagungsortes gegen eine Stimmkarte ausgetauscht werden. Wir erinnern die Delegierten daran, dass verlorene oder vergessene Delegiertenkarten nicht ersetzt werden können.

Für Anträge bitte Adresse oder E-Mail aus Seite 7 verwenden

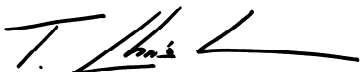
Liebe Genossinnen und Genossen

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und wir stecken bereits in einer Rezession, welche sich in den kommenden Monaten leider noch verschärfen dürfte. Es braucht daher dringend Massnahmen zur Abschwächung der Folgen dieser Wirtschaftskrise. Wir haben von Beginn weg mit den geforderten umfassenden Konjunkturprogrammen auf diese Karte gesetzt. Es braucht aber darüber hinaus auch eine Diskussion zum ökologischen und sozialen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. „New Social and Green Deal“ ist der neue Begriff, der sich auf der internationalen und nationalen Wirtschaftsbühne rasch mit konkreten Inhalten füllen muss.

Die Konjunkturpolitik steht auch im Zentrum der Delegiertenversammlung in Neuenburg. Gemeinsam mit VertreterInnen von Kantonen und Städten möchten wir die konkreten Handlungsmöglichkeiten diskutieren. Und die zehn Thesen zum „New Social and Green Deal“, die wir an der Delegiertenversammlung in Neuenburg diskutieren und verabschieden, sind als Input in die öffentliche Debatte über die Wirtschaftskrise sowie die daraus entstandenen Herausforderungen an die Politik zu verstehen.

Zusammen mit den Parolenfassungen für die Abstimmungen vom 17. Mai zur Komplementärmedizin und zu den biometrischen Pässen ist also für spannende und lebendige Diskussionen in Neuenburg gesorgt. Ich freue mich schon jetzt darauf.

Mit besten Grüssen



Thomas Christen
Generalsekretär SP Schweiz

Provisorische Traktandenliste Delegiertenversammlung von Samstag, 28. März 2008 Cité Universitaire in Neuenburg

- 10.45 h 1. **Begrüssung und Eröffnung der DV**
Grussbotschaft durch Gisèle Ory, Ständerätin NE
Grussbotschaft durch Eric Flury, Präsident Kantonalpartei NE
Wahl der StimmzählerInnen
Tagesordnung
Protokoll der DV vom 28. Juni 2008 in Freiburg
-
- 11.00 h 2. **Mitteilungen**
-
- 11.10 h 3. **Rede Christian Levrat, Nationalrat, Präsident SP Schweiz**
-
- 11.30 h 4. **Konjunkturpolitik I :**
Grundsatzreferat zu den wirtschaftlichen Folgen der Finanz-
krise von
Prof. Gustav Horn, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts
für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der
Hans-Böckler-Stiftung
-
- 12.00 h 5. **Konjunkturpolitik II:**
Mit Innovation die Krise meistern
Input zum Thema „Erneuerbare Energien und Effizienz schaf-
fen Arbeitsplätze“ (Teilnehmende noch offen)
*Welche konjunkturpolitische Massnahmen gegen die Rezes-
sion?*
Round-Table mit
Andreas Rickenbacher, Regierungsrat, Volkswirtschafts
direktor Bern
Jean Studer, Staatsrat, Finanzdirektor Neuenburg
Sandrine Salerno, Vorsteherin Finanz- und Wohndeparte-
ments Genf
Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin Baselland
-
- 13.15 h 6. **Konjunkturpolitik III:**
Diskussion und Verabschiedung der
10 Thesen zu konjunkturpolitische Massnahmen

**14.15 h 7. Parolenfassungen zu Abstimmungsvorlagen
vom 17. Mai 2009**

- **Zukunft mit Komplementärmedizin**
Präsentation: Simonetta Sommaruga, Ständerätin Bern
 - **Einführung biometrische Pässe**
Präsentation noch offen
-

14.45 h 8. Statutarische Geschäfte

- Verabschiedung des Budgets 2009
 - Wahl Präsidium der Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
-

15.00 h 9. Resolutionen

15.15 h 10. Schluss

Wichtige Hinweise

DV-Unterlagen

1. DV-Heft mit Traktandenliste
2. Delegiertenkarte
3. Anreise mit SBB (separates Blatt)

Protokoll

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2008 kann im Internet unter <http://www.sp-ps.ch/index.php?id=548&L=0> eingesehen und heruntergeladen werden.

Anträge

Alle Anträge müssen bis **Dienstag, 17. März 2009, 09.00 Uhr** bei uns im Sekretariat sein.

Antragsberechtigt sind: die 10 Thesen zum New Social and Green Deal, die statuarischen Geschäfte sowie die Parolen zu den Vorlagen der Eid. Volksabstimmung vom 17. Mai 2009.

Sollten ausserordentlich viele Anträge zum Thesenpapier „New Social and Green Deal“ eintreffen, wird die Geschäftsleitung für die DV-Diskussion Leitanträge stellen. In diesem Falle wird die GL zusätzlich auch eine Redezeitbeschränkung von 3 Minuten beantragen. Wir bitten die AntragsstellerInnen auf jeden Fall, ihre Voten zur Begründung kurz zu halten.

Resolutionen

Resolutionen, müssen bis **Dienstag, 17. März 2009, 09.00 Uhr** im Zentralsekretariat eintreffen. Diese werden vom Zentralsekretariat übersetzt und an der Delegiertenversammlung als Tischvorlage aufgelegt.

Wo müssen Anträge und Resolutionen hingeschickt werden?

SP Schweiz

Delegiertenversammlung

Spitalgasse 34

Postfach

3001 Bern

Fax: 031 329 69 70

E-Mail: dv@spschweiz.ch

Telefonische Auskunft zur DV, Ruth Straubhaar: 031 329 69 81

Empfehlungen der Geschäftsleitung Tischvorlage

Die Tischvorlage mit den Stellungnahmen der GL bzw. des Präsidiums zu eingegangenen Anträgen und Resolutionen wird ab Dienstag, 24. März 2009 ab 17.00 Uhr im Internet veröffentlicht www.spschweiz.ch/Partei/Delegiertenversammlung und am Samstag, 28. März den Delegierten verteilt.

Delegiertenkarten

Alle uns gemeldeten stimmberechtigten Delegierten erhalten mit diesen Unterlagen ihre Delegiertenkarte. Die Delegiertenkarte muss an der DV am Empfangsschalter gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass verlorene bzw. zu Hause liegengelassene Delegiertenkarten an der Delegiertenversammlung lediglich durch Gästekarten (ohne Stimmrecht) ersetzt werden können!

Wortmeldungen und Anträge

Die Wortmeldezettel liegen an der DV beim Podium bereit. Sie müssen gut leserlich und komplett ausgefüllt dem/der TagungssekretärIn vorne beim Podium eingereicht werden. Anträge sind ebenfalls schriftlich mit dem Wortmeldezettel zu stellen.

Simultanübersetzung

Die Verhandlungen werden simultan französisch/deutsch und deutsch/französisch übersetzt. Aus Kostengründen bitten wir, dass nur jene Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kopfhörer beziehen, die auf die Simultanübersetzung angewiesen sind. Die Kopfhörer müssen unbedingt nach der DV wieder beim Ausgang zurückgegeben werden.

Verpflegung während der Delegiertenversammlung

Während der ganzen Tagung ist ein Getränke- und Snackbuffet eingerichtet.

Zugsverbindungen

Die Zugverbindungen sind ersichtlich aus dem beigelegten Städtefahrplan (auch unter www.sbb.ch).

Tagungsort

Cité Universitaire, Clos-Brochet 10, 2000 Neuenburg
Die Cité Universitaire ist ca. in 10' vom Hauptbahnhof und gut zu Fuss erreichbar.

Situationsplan



Zu Fuss vom Bahnhof (5-10 min.) Vom Bahnhof: Auf der Seeseite herausgehen, die Strasse überqueren, dem Postgebäude entlang gehen bis zum Gebäude „des Juniors College“. Vor dem grossen gelben Gebäude rechts den Fussgängerweg nehmen, dann die Treppe, die zur „Rue Edmond-de-Reynier“ führt herabgehen. Auf der Strasse „Vieux-Châtel“ links abbiegen und schon stehen Sie vor dem Gebäude „Cité Universitaire“.

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ca. 10 min.): die Seilbahn (Fun' ambulance) im Bahnhof nehmen, die Sie bis zu den englischen Gärten führt. Von dort die „Vaucher-Gasse“ heraufgehen und vor dem Gymnasium rechts in die „Rue du Vieux-Châtel“ abbiegen. Die „Cité Universitaire“ befindet sich am Ende der Strasse.

Bus* (3 min.) Buslinie 1, Richtung Marin, Haltestelle « Hôpital Pourta-lès», 2 min. zu Fuss

Traktandum 6:

Zehn Thesen zur sozialen und ökologischen Erneuerung der Wirtschaft „New Social and Green Deal“ als einzige zukunftsfähige Perspektive

Die globale Finanzkrise, die weltweit zu Wertverlusten von mehreren Billionen Franken geführt hat, trifft auch die Realwirtschaft mit entsprechender Wucht. Die durch die Finanzkrise sichtbar gewordenen Mängel der globalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur und die daraus nun neu aufkommende Systemdebatte müssen auch in der Schweiz zu einer Neuorientierung der Wirtschaft führen. Die Wirtschaft hat im Dienste der Menschen und ihrer Umwelt zu stehen und nicht umgekehrt. Die vorliegenden zehn Thesen zum „New Social and Green Deal“ sind als Input in die öffentliche Debatte über die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die daraus entstandenen Herausforderungen an die Politik zu verstehen. Die SP reklamiert das Feld der sozialen und ökologischen Erneuerung für sich, weil sie eine solche Politik der Neuorientierung schon seit Jahren verfolgt und entsprechend auch ihr Wirtschaftskonzept den Titel „Die Wirtschaft sozial und ökologisch gestalten“ trägt. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben die Dringlichkeit dieses Projekts nochmals aufgezeigt.

Die zehn Thesen

1. Primat der Politik

Die internationale Finanzkrise, die vorangegangene Nahrungsmittelkrise und die darauf folgende globale Rezession zwingen die Politik, in das marktwirtschaftliche System einzugreifen. Das bedeutet neue und effektivere regulatorische Massnahmen, die die Marktkräfte in einen engeren Rahmen einbinden. Angesichts dieser historischen Zäsur will die SP die öffentliche Debatte über die Rolle des Staates und über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft neu lancieren.

2. Krise als Wendepunkt

Die aktuelle Krise muss als Chance für den sozialen, ökologischen und gleichstellungspolitischen Umbau der Wirtschaft genutzt werden. Ökologie und Ökonomie stehen in einem sozialdemokratischen Politikverständnis nicht im Widerspruch, weil nur mit Rücksicht auf Umwelt und Menschen ein nachhaltiges Wachstum möglich ist. Diese Neuorientierung birgt für innovative Unternehmen in den verschiedensten Branchen eine einmalige Gelegenheit, sich mit neuen Produkten und Dienstleistungen in zukunftsweisenden Märkten zu positionieren. Es ist die Aufgabe eines starken und engagierten Staates, diese Entwicklung zu unterstützen. Die SP setzt sich für die gezielte Förderung und die richtigen Anreize insbesondere zugunsten der erneuerbaren Energien ein.

3. Internationale Verantwortung und Solidarität

Als kleine, aber sehr wohlhabende Volkswirtschaft mit einem der weltweit führenden Finanzplätze sowie als Standort verschiedener Weltkonzerne kommt der Schweiz eine besondere globale Verantwortung zu. Zudem kann nur auf internationaler Ebene vernetzt und gleichberechtigt, in engster Kooperation von Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern ein zukunftsweisender Ausweg aus der Krise gefunden werden. Weil die ärmsten Staaten unter globalen Krisen jeweils am stärksten leiden, sind sie umso

mehr auf internationale Solidarität angewiesen. Als wichtiges Signal muss den Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen der Doha-Handelsrunde der diskriminierungsfreie Zugang zu den Märkten der Industriestaaten geöffnet werden. Ebenso dürfen die finanziellen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit jetzt keinesfalls gekürzt werden – im Gegenteil: Das Ziel von 0.7% des Bruttoinlandprodukts hat nach wie vor seine Gültigkeit. Die SP verlangt zudem vom Bundesrat, dass er sich in die entscheidende Debatte am nächsten G20-Weltfinanzgipfel Anfang April 2009 in London einbringt.

4. Keine Spekulation mit dem Hunger

Die wirtschaftliche Neuorientierung muss auch die globale Nahrungsmittelproduktion und den Welthandel auf einen nachhaltigen Kurs bringen, der verheerende Spekulationskrisen wie im Jahr 2008 verhindern hilft. Das wird erst möglich sein, wenn namentlich der Wildwuchs im Derivatemarkt zerschlagen und auf den globalen Finanzmärkten ein neues Regulierungssystem aufgebaut ist. Die SP drängt den Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank dazu, sich im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und des Financial Stability Forum (FSF) für neue globale Regeln stark zu machen. Die Einführung einer innovativen Transaktionssteuer, wie etwa die seit Jahren diskutierte Tobin-Tax, muss endlich eingeführt werden.

5. Mutige Klimapolitik

Die globale Krise darf jetzt kein Vorwand sein, der historischen Herausforderung des Klimawandels nicht umgehend mit der Ausrichtung auf eine energieeffizientere Wirtschaft zu begegnen. Im Gegenteil: Das neoliberale Denken, das alles dem Markt unterordnet und die immensen externen Kosten für ökologische Schäden ignoriert, ist massgeblich für die Fehlentwicklungen der letzten drei Jahrzehnte wie auch für die aktuelle Finanzkrise verantwortlich. Entsprechend braucht es eine Senkung des CO₂-Ausstosses in der Schweiz um mindestens 30 Prozent bis 2020 – wie es die von der SP mitlancierte Klimainitiative fordert - und eine vollumfängli-

che Kompensation im Inland. Die Schweiz muss auf erneuerbare Energien umsteigen und die Energieeffizienz verbessern: Das sind die beiden Schlüssel zum Erfolg eines ökologischen „New Deals“.

6. Schlüsselrohstoff Wissen: Investition in den Menschen

Eine berufspraktische Ausbildung - und angesichts der Dynamik des Arbeitsmarktes eine lebenslange Weiterbildung - ist der beste Garant für eine hohe Beschäftigung, gerade auch in der Krise. Entscheidend ist es darum, jetzt die Mittel für Bildung auf allen Stufen sowie die Forschung deutlich aufzustocken, um unsere Gesellschaft zur Transformation des „New Social and Green Deal“ zu befähigen. Wenn das rechtzeitig gelingt, kann die Schweizer Wirtschaft von enormen Wettbewerbsvorteilen profitieren, denn für unser rohstoffarmes Land liegt der Schlüssel zum Erfolg in der Produktivität seiner gut ausgebildeten und motivierten Angestellten. Die SP setzt sich daher für eine breit abgestützte Weiterbildungsoffensive unter anderem mit Hilfe eines nationalen Weiterbildungsgesetzes ein.

7. Neuorientierung statt Abschottung

Keinesfalls darf die Politik angesichts dieser gigantischen Herausforderungen die Wirtschaft im eigenen Land abschotten und kurzfristig vor dem steigenden Innovationsdruck in Schutz nehmen. Falsche Subventionsanreize oder protektionistische Massnahmen würden einzig dazu führen, den strukturellen Wandel zu verzögern. Im Gegenteil muss der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, die eine Neuorientierung ermöglichen.

8. Finanzplatz braucht Transparenz

Ohne eine Reform der Finanzwirtschaft wird eine nachhaltige Entwicklung nicht gelingen. Die Ursachen der globalen Finanzkrise müssen an den Wurzeln angepackt werden. Die Anreiz-Modelle mit Millionen-Boni, die Bank-Manager und Händler zur hochriskanten Transaktionen veranlassten, sind massgeblich für das aktuelle wirtschaftliche Desaster verantwortlich. Den Banken muss ein kla-

rer Rahmen vorgegeben werden, der die Begrenzung von Spekulationsgeschäften, der Verzicht auf das Geschäft mit Steuerfluchtgeldern sowie eine Abkehr von variablen Lohnmodellen einschliessen muss. Eine transparente und langfristig an der Wertschöpfung orientierte Entschädigung der Mitarbeitenden ist für den zwingend erforderlichen Kulturwandel in der Finanzbranche eine entscheidende Voraussetzung. Wichtig ist ferner eine starke, unabhängige und international vernetzte Finanzmarktaufsicht. Die SP fordert, dass aus dem UBS-Debakel die richtigen Lehren gezogen werden und eine personell erneuerte, diversifizierte und gestärkte Marktaufsicht geschaffen wird. Da Frauen gemäss verschiedenen Studien generell den nachhaltigeren Umgang mit Finanzen pflegen, drängt sich eine verbindliche Geschlechterquote im Management der Konzerne auf.

9. Starke Sozialsysteme statt Leistungsabbau

Ein gut ausgebautes Sozialsystem mit einer finanziell starken Arbeitslosen- und Invalidenversicherung ist insbesondere in der Krise von zentraler Bedeutung. Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust lähmt viele ArbeitnehmerInnen, was nicht im Interesse der Gesellschaft und der Wirtschaft sein kann. Wenn die Menschen fürchten, ihre Arbeit zu verlieren oder durch das soziale Netz zu fallen, droht ein wachsender Konsumverzicht, der die aktuelle Krise noch verschärft. Auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung müssen Staat und Wirtschaft in die Umschulung und Weiterbildung speziell von jungen ArbeitnehmerInnen investieren. Die SP kämpft darum für eine ausgeglichene Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die nicht durch einen Leistungsabbau erfolgt. Angesichts der Krise darf das Niveau der Sozialversicherungsrenten – namentlich der zweiten Säule - keinesfalls gesenkt werden. Die wachsende Zahl von Working Poor belegt ferner die Dringlichkeit eines nationalen Mindestlohns, der würdige Arbeitsbedingungen für alle garantiert.

10. Konjunkturprogramm zugunsten der Beschäftigung

Wenn jetzt im Rahmen eines Konjunkturprogramms in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, in erneuerbare Energien, in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Forschung investiert wird, hilft dies, Beschäftigung zu sichern und dient zudem mittelfristig als Wachstumsimpuls dem Wirtschaftsstandort. Wenn die bürgerlichen Parteien solche Massnahmen heute aus ideologischen Gründen ablehnen oder verzögern, tragen sie erstens für die Verschärfung und Verlängerung der Rezession die Verantwortung und verhindern zweitens die zukunftsweisende Neuausrichtung der Wirtschaft. Die SP erachtet die verzettelten und kleinkrämerischen Stabilisierungsmassnahmen des Bundesrates als ideenlos und ungenügend. Die Schweiz braucht ein Konjunkturprogramm von rund 6 Milliarden Franken (mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts), wie dies weltweit von renommierten Ökonomen propagiert wird.

Traktandum 7: Parolenfassungen

Parole für die Volksabstimmung über den Verfassungsartikel "Zukunft mit Komplementärmedizin" vom 17. Mai 2009

JA zur Komplementärmedizin

Am kommenden 17. Mai stimmen wir über den Verfassungsartikel "Zukunft mit Komplementärmedizin" ab. Mit dem Ziel, die Komplementärmedizin in der Verfassung zu verankern, wurde im September 2004 die Volksinitiative "Ja zur Komplementärmedizin" lanciert. Diese wurde später zurückgezogen, weil das Parlament mit grosser Mehrheit dem Gegenvorschlag zugestimmt hatte, dessen Hauptforderungen dieselben wie die der Initiative sind.

Bereits in den Parlamentsdebatten zum Krankenversicherungsgesetz wurde ernsthaft darüber diskutiert, einige Methoden der Komplementärmedizin in den obligatorischen Leistungskatalog aufzunehmen. Am 1. Januar 1999 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) diese provisorisch in die Grundversicherung aufgenommen. Um die Relevanz der Beibehaltung dieser Methoden zu evaluieren, wurde beschlossen, eine wissenschaftliche Studie durchzuführen, die beweisen sollte, dass die Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit erfüllt werden. Im Juni 2005 sprach sich das EDI pauschal gegen die Beibehaltung der Komplementärmedizin aus, obwohl die Ergebnisse des Programms Evaluation Komplementärmedizin (PEK) andere Schlüsse zuliessen. Dies führte dazu, dass der Antrag der sozialdemokratischen Nationalrätin Edith Graf-Litscher angenommen wurde, der verlangt, sich eingehend mit dem PEK-Projektmanagement zu befassen. Der Jahresbericht 2008 der Geschäftsprüfungskommissionen und der Delegation der Geschäftsprüfungskommissionen der Eidgenössischen Räte kommt namentlich zum Schluss, dass die Ziele der Studie nicht klar festgelegt worden sind, dass die Kommunikationspolitik des EDI Lücken aufwies und dass die verschiedenen Leistungserbringer vor dem definitiven Entscheid des EDI nicht konsultiert worden sind. Anders gesagt: Der Chef des EDI hätte nicht einfach die fünf Methoden der Komplementärmedizin aus der Grundversicherung streichen sollen.

Eintrag der Komplementärmedizin in die Verfassung

Die Schulmedizin nimmt heute unbestritten eine beherrschende Stellung ein. Insbesondere bei schweren Fällen, Notfällen und in der Chirurgie liefert sie gute Resultate. Ein Verfassungsartikel legt den notwendigen Grundstein für das Bestehen einer qualitativ hochstehenden Komplementärmedizin und macht diese zur anerkannten Partnerin in unserem Gesundheitssystem. So wünscht es das Volk.

Die grundlegenden Forderungen

Förderung einer integrativen Medizin: Die Heilungschancen sind optimal, wenn Schul- und Komplementärmedizin zusammenarbeiten (integrative Medizin). Die Komplementärmedizin kommt oft dann zum Zug, wenn die Schulmedizin ihre Grenzen erreicht, zum Beispiel bei zahlreichen chronischen Erkrankungen. Die Komplementärmedizin ergänzt und verbessert die medizinische Betreuung.

Aufnahme von fünf ärztlichen Leistungen in die Grundversicherung: Homöopathie, anthroposophische Medizin, traditionelle chinesische Medizin, Phytotherapie und Neuraltherapie genügen den gesetzlichen Anforderungen und müssen wieder vergütet werden.

Heilmittelschatz bewahren: Das Gesetz über die therapeutischen Produkte muss in der Praxis angewandt werden, um die traditionelle Heilmittelvielfalt zu erhalten und um sicherzugehen, dass diese durch Fachpersonen abgegeben werden.

Berufsanerkennung und Qualitätssicherung von nichtärztlichen Therapeuten: Im Interesse der PatientInnen müssen die nichtärztlichen Therapeuten gut ausgebildet sein. Für diese Kategorie von Personen braucht es einheitliche eidgenössische Diplome.

Schliesslich müssen *Lehre und Forschung* gefördert werden.

Kosten einsparen

Da die Komplementärmedizin günstiger ist als die Schulmedizin, werden die Gesundheitskosten tiefer ausfallen, denn grundsätzlich konsultieren die PatientInnen für dieselbe Krankheit nicht sowohl einen Schul- als auch einen Komplementärmediziner. Auch im Bereich der Medikamente werden Kosten eingespart werden.

Antrag der Geschäftsleitung: JA-Parole

Traktandum 7: Parolenfassungen

Revision des Ausweisgesetzes (biometrische Reisepapiere)

Am 17. Mai stimmen wir über die Revision des Ausweisgesetzes ab. Die Revision beruht auf einer Schengenvorgabe zur Einführung von biometrischen Daten in den Reisepapieren, die von den Mitgliedsstaaten ausgegeben werden. Der Bundesrat und ihm folgend das Parlament sind in zwei Punkten über die Vorgaben hinausgegangen. Parteien und Gruppierungen am äusseren linken und rechten Rand des politischen Spektrums haben das Referendum gegen die Vorlage ergriffen.

Ausgangslage:

Die bürgerliche parlamentarische Mehrheit hat den berechtigten Bedenken von SP und Grünen bezüglich Datenschutz nicht Rechnung getragen. Der nationale Gesetzgeber hat damit den Spielraum, der ihm von der Schengenvorgabe verblieb, schlecht genutzt. Eine zentrale Speicherung der erfassten biometrischen Daten ist ebenso wenig von Schengen vorgesehen wie die Ausstattung auch der Identitätskarten mit biometrischen Daten. Die Mitglieder der SP-Fraktion haben deshalb mehrheitlich gegen den Gesetzesentwurf gestimmt. Die SP bekennt sich gleichzeitig zum Schengenvertrag und akzeptiert dessen vertragliche Regeln. Dazu gehört die grundsätzliche Einführung von biometrischen Daten in Reisedokumente.

Die Vorlage:

- **Zentrale Speicherung der biometrischen Daten:** Schon heute werden die persönlichen Daten und Fotos aller PassinhaberInnen zentral gespeichert. Mit der Erfassung auch des digitalisierten Gesichtsbilds und vor allem der Fingerabdrücke bekommt eine solche zentrale Datenspeicherung eine neue Dimension und das Missbrauchspotential steigt. Zwar verweigert das Gesetz den Zugriff für Strafverfolgungszwecke. Das Vertrauen, dass diese Bestimmungen in jedem Fall eingehalten werden, ist jedoch nach den bisher unbeantwortet gebliebenen Fragen im Zusammenhang

mit der neuesten Basler Fichenaffäre nicht mehr gegeben. Andere Schengenstaaten wie Deutschland beweisen, dass es auch ohne zentrale Datenspeicherung geht; dort werden die erfassten Daten nach deren Implementierung im Pass vernichtet.

- **Keine Wahlfreiheit für eine Identitätskarte (ID) ohne Chip:** Die ID dient in der Praxis sowohl als Reisepapier wie auch als Ausweispapier im Inland bei allen möglichen Gelegenheiten. Soweit sie nicht als Reisepapier eingesetzt werden soll, ist sie gemäss Schengenvorgabe nicht zwingend mit einem Chip mit biometrischen Daten auszurüsten. Die SP setzt sich hier für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ein, selber zu entscheiden, ob sie die ID als Reisedokument einsetzen wollen oder nicht und sie entsprechend mit oder ohne Datenchip ausstellen zu lassen. Diese Wahlfreiheit ist mit der Vorlage von Bundesrat und Parlament nicht gegeben.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Geschäftsleitung der SP Schweiz die Nein-Parole. Sie grenzt sich dabei gleichzeitig von den teils hoch irrationalen Verschwörungstheorien ab, welche gewisse Referendumskreise im Zusammenhang mit dem RFID-Chip verbreitet haben und steht klar hinter den Schengenverträgen, welche grundsätzlich die Einführung von biometrischen Daten in Reisepapieren vorsehen.

Antrag der Geschäftsleitung: Nein-Parole

Traktandum 8. Statutarische Geschäfte

Budget 2009

	Budget 2008	Budget 2009
Ertrag	6'018'136	4'383'000
Beiträge	2'042'000	2'056'000
Mitgliederbeiträge	1'842'000	1'806'000 1)
Solidaritätsbeiträge	200'000	250'000 2)
Finanzbeschaffung	3'340'000	1'685'000 3)
Mitgliederspenden	415'000	460'000
Spenden GönnerInnen	2'900'000	1'200'000 3)
Übrige Spenden	25'000	25'000
Verkaufsertrag	224'886	225'500
übriger Ertrag	411'250	416'500 4)
Aufwand	-5'923'665	-4'382'593
Produktionsaufwand	-2'522'925	-373'000 3)
Personalaufwand	-1'427'603	-1'495'590 5)
Sozialversicherungsaufwand	-478'000	-496'500
übriger Personalaufwand	-43'000	-43'000
Raumaufwand (Miete, Reinigung, etc.)	-229'500	-236'000
Unterhalt, Reparaturen, Leasing	-19'000	-19'000
Sachversicherungen, Abgaben	-4'000	-4'000
Verwaltungskosten	-332'200	-314'500
Büromaterial, Drucksachen, Fotokopien, Fachliteratur, übriger Büroaufwand	-109'400	-108'500
Telefon, Telefax, Internet	-65'600	-52'000
Porti	-157'200	-154'000
Informatikaufwand	-120'000	-114'000
Werbeaufwand (Kampagnen)	-274'337	-756'000 6)

Parteigremien/Aktivitäten (Parteitag, DV, Sonstiges)	-198'000	-161'000
Parteitag	-60'000	- 7)
DV	-45'000	-66'000 7)
Einzelaktionen, Reformprojekte, Parteiprogramm, Kunstaussstellungen	-93'000	-95'000
Spesen & Entschädigungen	-143'600	-166'628
Spesen GL	-8'000	-12'000 8)
Spesen Kommissionen	-5'000	-5'000
Spesen ZS-Personal	-8'000	-8'000
Entschädigung & Spesen Präsidium und Vize-Präsidium	-92'000	-106'000 9)
Entschädigung & Spesen Frauen Präsidium	-10'000	-15'000 10)
übrige Spesen	-20'600	-20'628
Beiträge (Organisationen & Mitgliedschaften)	-25'500	-25'000 11)
Internationales	-56'000	-50'000
Beiträge SI und SE	-36'000	-36'000
Delegationen im Ausland	-15'000	-9'000
Delegierte aus dem Ausland	-5'000	-5'000
Rückstellungen Wahlen	-50'000	-50'000
Finanzerfolg	-1'500	-1'500
Abschreibungen	-90'750	-76'875 12)
Unternehmensgewinn	2'221	407

Anhang zum Budget

Kostenstellen	Budget 08	Budget 09
Zentrale Dienste	872'098	862'240
Bildung	-98'720	-104'446
Fundraising	1'623'983	999'368 3)
Kampagnen	-1'627'114	-999'412 3)
Publikationen	-435'099	-363'603 13)
JUSO	-89'695	-143'658 14)
SP Frauen	-243'232	-250'083
Unternehmensgewinn	2'221	407

Antrag der Geschäftsleitung: Annahme des Budgets

Kommentar zum Budget 2009

1. Mitgliederbeiträge

Die Mitgliederzahlen sind tendenziell etwas rückläufig. Darum wird hier – vorsichtig budgetiert – mit leicht weniger Einnahmen gerechnet.

2. Solidaritätsbeiträge

Die Ausweitung des Empfängerkreises und die Bereinigung von Adresslisten haben eine Steigerung der Einnahmen zur Folge – welche auch angesichts des Resultats der Rechnung 2008 realistisch erscheint.

3. Spenden Gönnerinnen und Gönner sowie Übrige & Produktionsaufwand

Neu werden die Spenden Gönnerinnen und Gönner (Fundraising-Ertrag) im Budget netto ausgewiesen. Der bisherige Brutto-Betrag führte einerseits zu einer künstlichen Aufblähung der gesamten Rechnung der SP und basierte andererseits auf sehr spekulativen Annahmen. Zudem führt ein revidierter Fundraising-Vertrag neu mit einem fest zugesicherten Netto-Betrag von 1,2 Mio zu einer vorher nicht vorhandenen Planungssicherheit bei der Budgetierung.

Brutto sind auf der einen Seite 2,6 Millionen Franken Spendeneinnahmen und auf der anderen Seite 950 000 Franken Gestehungskosten und 450'000 Franken Investitionskosten in zukünftige SpenderInnenadressen budgetiert. Diese Beträge sind aber – wie oben erwähnt – mit Vorsicht zu betrachten, weil die politische Aktualität grössere Änderungen in den Auflagen der Spendenbriefe bedingen kann, was sich in höheren Einnahmen und Ausgaben niederschlägt.

Unter dem Produktionsaufwand, der wegen der Netto-Budgetierung bedeutend tiefer ausfällt, fallen zudem die Kosten für das Mitglieder mailing und für die Medien/Publikationen. Diese belaufen sich in der Höhe des Vorjahrs.

Durch die neue Netto-Budgetierung der Fundraising-Einnahmen verringern sich auch die Positionen Fundraising und Kampagnen bei den Kostenstellen.

4. Übriger Ertrag

Der übrige Ertrag setzt sich aus Abonnementserträgen von rund 55 000 Franken und der Abgeltung von Sekretariatsleistungen für die Fraktion über rund 361 500 Franken zusammen.

5. Personalaufwand

Die Erhöhung von rund 68 000 Franken kommt durch die Jahresteuierung und den im Gesamtarbeitsvertrag geregelten Stufenanstieg zu Stande.

6. Werbeaufwand

Die Spenden der Gönnerinnen und Gönner in der Höhe von 1.2 Millionen (siehe unter Punkt 3) finanzieren zuerst die internen Lohn- und Gemeinkosten des Fundraisings (Fundraising-Gestehungskosten) und die Lohn- und Gemeinkosten der Kampagnenabteilung. Was davon übrig bleibt, wird für die eigentliche Kampagnenarbeit (inklusive Kampagnenarbeit der Kantonalparteien) verwendet.

Der Werbeaufwand ist somit vom Netto-Spendenertrag abhängig. Im Jahr 2009 werden höhere Nettospenden erwartet, was sich in einem höheren Budget für den Werbeaufwand bzw. die Kampagnen widerspiegelt. Zudem waren im Budget 2008 die Ausgaben für die Kampagnen der Kantonalparteien nicht in diesem Budgetposten aufgeführt, sondern beim Produktionsaufwand. Da es bei den Ausgaben der Kantonalparteien aber um Kampagnenausgaben der ganzen Partei geht, werden diese neu unter Werbeaufwand aufgelistet.

7. Parteitag & DV

Der Parteitag findet alle zwei Jahre statt. In diesen Jahren kommt die Delegiertenversammlung zweimal zusammen. In Jahren ohne Parteitag finden dagegen drei Delegiertenversammlungen statt. Deshalb fallen im Budgetjahr keine Kosten für einen Parteitag, sondern für drei DV an.

8. Spesen GL

Aufgrund der vergrösserten Geschäftsleitung von 10 auf 20 Personen fallen höhere Spesen an.

9. Entschädigung & Spesen Präsidium und Vize-Präsidium

Die Vergrößerung des Vize-Präsidium von zwei auf fünf Personen hat einen Spesenanstieg von rund 14 000 Franken zur Folge.

10. Spesen/Entschädigung Frauen Präsidium

Wegen zunehmendem Aufwand für die Präsidentinnen der SP Frauen wurden die Spesen und die Entschädigung der SP-Frauen den Vize-PräsidentInnen der SP Schweiz angepasst.

11. Beiträge (Organisationen & Mitgliedschaften)

Unter die Beiträge fallen Mitgliederbeiträge an Vereine, bei denen die SP Mitglied ist. Zudem sind darunter auch sonstige Beiträge an einzelne Unternehmungen zu verstehen, wie z.B. das alljährlich stattfindende Openair auf dem Bundesplatz.

12. Abschreibungen

Mit den empfohlenen Abschreibungssätzen werden die Abschreibungen im Budgetjahr um rund 14 000 Franken tiefer ausfallen.

13. Publikationen

Eine Reduktion des Beschäftigungsgrads und die mit den Lohnanteilen sinkenden Gemeinkosten bringen beim links.ch Minderausgaben. Zudem werden gewisse Publikationen (wie eSPress und Sektionsinfo) nicht mehr als eigene Kostenstellen aufgeführt.

14. JUSO

Die Kosten bei den JUSO stiegen an, weil die JUSO neu auch einen Präsidenten hat, der für seinen Aufwand mit einem kleinen Lohn entschädigt wird.

Investitionsplan 2009 - 2011

	B2009	B2010	B2011
Total Investitionen	77'300	120'000	72'000
Büromobiliar/-geräte	18'000	25'000	25'000
1 Büromobiliar	8'000	10'000	10'000
2 Büro-Infrastruktur	10'000	15'000	15'000
EDV	34'300	30'000	42'000
4 Ersatz von PC, Laptop, Bildschirme	7'800	0	22'000
5 Server	15'500	30'000	20'000
6 Drucker	11'000	0	0
7 Netzwerk	0	0	0
Admo	15'000	15'000	0
8 Erweiterung Sektionszugriff	15'000	15'000	0
Internet	5'000	50'000	5'000
10 Ausbau Website	5'000	50'000	5'000
Links.ch/socialistes.ch	5'000	0	0
11 Relaunch	5'000	0	0

Investitionsplan 2009 – 2011

Im Jahr 2010 steht die Erneuerung der Webseite an. Ansonsten sind im 3-Jahresplan die üblichen Erneuerungsinvestitionen eingeplant.

Finanzplan 2009 – 2012

	2009	2010	2011	2012
Betriebsertrag	4'383'000	4'585'000	4'805'000	4'781'700
Beiträge	2'056'000	2'140'000	2'140'000	2'196'700
Finanzbeschaffung	1'685'000	1'805'000	2'025'000	1'945'000
Verkaufsertrag	225'500	225'000	225'000	225'000
übr. Ertrag	416'500	415'000	415'000	415'000
Total Betriebsertrag	4'383'000	4'585'000	4'805'000	4'781'700
Betriebsaufwand	-4'382'593	-4'551'094	-4'752'518	-4'785'479
Produktionsaufwand	-373'000	-380'000	-380'000	-380'000
Personalaufwand	-1'495'590	-1'474'594	-1'541'018	-1'610'979
Sozialversicherungsaufwand	-496'500	-505'000	-514'000	-523'000
div. Personalkosten	-43'000	-43'000	-43'000	-43'000
Raumaufwand	-236'000	-240'000	-245'000	-250'000
Unterh., Büromasch. u. Mob.	-19'000	-19'000	-19'000	-19'000
Sachversicherungen u. Gebühren	-4'000	-4'000	-4'000	-4'000
Verwaltungsaufwand	-314'500	-320'000	-325'000	-330'000
Informatikaufwand	-114'000	-125'000	-130'000	-130'000
Werbeaufwand	-756'000	-850'000	-1'050'000	-950'000
Aktivitäten u. Parteigremien	-161'000	-199'000	-125'000	-169'000
Spesen & Entschädigungen	-166'628	-170'000	-170'000	-170'000
Beiträge	-25'000	-25'000	-25'000	-25'000
Internationales	-50'000	-50'000	-50'000	-50'000
Rückstellungen Wahlen	-50'000	-50'000	-50'000	-50'000
Finanzerfolg	-1'500	-1'500	-1'500	-1'500
Abschreibungen	-76'875	-95'000	-80'000	-80'000
a.o. Erfolg				
Steuern				
Total Betriebsaufwand	-4'382'593	-4'551'094	-4'752'518	-4'785'479
Betriebsergebnis	407	33'906	52'482	-3'779

Finanzplan 2009 – 2012

Im Jahr 2010 und im 2012 sind auf den Mitgliederbeiträgen Teuerungsausgleiche eingeplant. Im Budget und Finanzplan sind die Fundraisingerträge netto ausgewiesen, die Fundraising- und Kampagnenrechnung wurde ausgegliedert (siehe Punkt 3). Die Ausgaben für Kampagnen richten sich nach den Einnahmen. Es wird in den kommenden Jahren mit einem leichten Anstieg der Fundraising-Nettoerträge gerechnet.

Traktandum 8. Statutarische Geschäfte

Präsidium der Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der SP Schweiz

Für das Präsidium der Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der SP Schweiz beantragt die Geschäftsleitung der Delegiertenversammlung gemäss Artikel 14 Abs. 4 al m) der Statuten die Wahl von *Chantal Galladé, Nationalrätin (ZH)*, als Nachfolgerin des auf Ende 2008 zurückgetretenen Kommissionspräsidenten Hans Widmer.

Antrag der Geschäftsleitung:
Wahl von Nationalrätin Chantal Galladé